

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Linksterroristischer Anschlag – Nachhaltiger Schutz der kritischen Strominfrastruktur in Berlin: Betreiber verpflichten, Resilienz herstellen!

Der jüngste Brandanschlag auf die Strominfrastruktur im Berliner Südwesten mit tagelangen Stromausfällen für zehntausende Haushalte und Betriebe hat die dramatische Verwundbarkeit der Berliner Energieversorgung offengelegt.

Aufgabe der Politik ist es, strukturelle, technische und organisatorische Absicherung der Stromversorgung sicherzustellen und entsprechend verbindliche Standards, Fristen und Kontrollen durchzusetzen

Das Abgeordnetenhaus möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. ein verbindliches, berlinweites Schutz- und Härtungskonzept für die kritische Strominfrastruktur (KRITIS Strom) vorzulegen, das insbesondere
 - Umspannwerke,
 - Kabelbrücken und Netzübergänge,
 - oberirdische Hochspannungsleitungen,
 - Kabelschächte und Trafostationenumfasst;
2. Betreiber kritischer Strominfrastruktur verpflichtend in die Verantwortung zu nehmen und ihnen klare Mindeststandards für
 - bauliche Sicherung,
 - technische Überwachung (z. B. Sensorik, Video, Brandfrüherkennung),
 - Zutritts- und Interventionskonzeptevorzugeben;

3. ein Priorisierungssystem für besonders kritische Netzknoten und Single-Point-of-Failure-Strukturen einzuführen, sodass Schutzmaßnahmen risikobasiert und nicht flächig-symbolisch erfolgen;
4. ein Audit- und Kontrollsysteem einzurichten, mit dem die Einhaltung der Schutzstandards regelmäßig überprüft und dokumentiert wird;
5. dem Abgeordnetenhaus halbjährlich über den Umsetzungsstand, festgestellte Defizite und ergriffene Maßnahmen zu berichten, zum ersten Mal zum 30. Juni 2026.

Begründung

Der jüngste Stromanschlag hat in aller Deutlichkeit gezeigt, dass Berlin bei der Sicherung seiner kritischen Infrastruktur nicht angemessen vorbereitet ist. Trotz wiederholter Warnsignale und tatsächlicher Anschläge wurden zentrale Schutzmaßnahmen über Jahre hinweg verschleppt oder gar nicht erst begonnen.

Die Abstellung von mehreren Hundertschaften für den Schutz von Stromkästen, Kabelschächten und Leitungen ist ein **Notbehelf**, aber keine Lösung. Polizei ist für Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Großlagen zuständig – nicht für den dauerhaften Wachdienst an technischen Anlagen. Jeder Tag dieses Einsatzes schwächt die innere Sicherheit an anderer Stelle.

Dass selbst Polizeigewerkschaften diesen Einsatz scharf kritisieren, unterstreicht den politischen Fehlansatz des Senats.

Infrastrukturbetreiber verfügen über technisches Know-how, dauerhafte Präsenz und die Möglichkeit, Schutzmaßnahmen nachhaltig zu implementieren. Was fehlt, ist der **politische Wille**, diese Verantwortung auch verbindlich einzufordern. Stattdessen wird staatliche Sicherheitsleistung kostenlos substituiert. Das ist ordnungspolitisch falsch und ökonomisch ineffizient.

Moderne Infrastruktursicherung basiert auf frühzeitiger Detektion, schneller Intervention, baulicher Härtung und struktureller Redundanz. Diese Maßnahmen sind skalierbar, dauerhaft und zielgerichtet. Der Einsatz uniformierter Polizeistreifen ist es nicht.

Ein funktionierender Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass kritische Systeme nicht bei jedem Anschlag in den Ausnahmezustand geraten. Ziel muss es sein, dass Sabotageversuche früh erkannt, ihre Wirkung begrenzt und ihre Folgen schnell behoben werden.

Berlin, den 19. Januar 2026

Dr. Brinker Wiedenhaupt Hansel Weiß
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion